

1.3. Deutsche öffentliche Haushalte

Artikel zum Kindergeld auf t-online vom 27.12.2024:

„Aktuelle Zahlen Rund 500 Millionen Euro Kindergeld gehen ins Ausland

Die Familienkasse dürfte auch in diesem Jahr mehr als 500 Millionen Euro Kindergeld auf ausländische Konten überweisen. Das ist ein Prozent der Gesamtzahlungen.

Bis Ende November sind rund 470 Millionen Euro an Kindergeld für im Ausland lebende Kinder geflossen. Das teilte ein Sprecher der Bundesagentur für Arbeit (BA) in Nürnberg mit. Zuvor hatte "Bild" berichtet.

Rechnet man die Zahl für den Dezember hoch, so wird die Marke von 500 Millionen Euro voraussichtlich überschritten – genauso wie im Vorjahr, als die Familienkasse der BA 525,7 Millionen Euro auf ausländische Konten überwiesen hatte. Die Arbeitsagentur wies zugleich darauf hin, dass die Zahlungen ins Ausland etwa ein Prozent des insgesamt ausgezahlten Kindergelds ausmachen.

Meist bekommen Beschäftigte aus dem EU-Ausland Kindergeld Empfänger seien in der Regel in Deutschland sozialversicherungs-pflichtig Beschäftigte aus der EU, deren Kinder im Heimatland leben. Das Kindergeld folge dem Steuerrecht. "Kindergeld erhält grundsätzlich nur, wer seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hat oder in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtig ist. Dann kann etwa für EU-Arbeitnehmer ein Anspruch auf Kindergeld für im Heimatland lebende Kinder bestehen", teilte die BA mit. Die Familienkasse prüfe gewissenhaft die nötigen zusätzlichen Nachweise und gleiche diese mit ihren Verbindungsstellen im Ausland ab. Beständen in verschiedenen EU-Ländern Ansprüche auf Familienleistungen, regle das EU-Recht die Rangfolge der Ansprüche. Ende 2023 wurde für rund 313.000 Kinder im Ausland Kindergeld gezahlt, darunter für 307.000 Kinder in EU-Staaten wie Polen, Rumänien, Tschechien, Kroatien und Frankreich. Mit 171.000 Kindern wohnten die meisten davon in Polen.“

Kurze Anmerkung von Hans-Dieter Bottke:

In diesem Artikel wird dankenswerterweise auf den fahrlässigen Umgang mit deutschem Steuergeld im Zusammenhang mit Kindergeldzahlungen ins Ausland eingegangen.

Auszüge des Artikels auf t-online vom 03.09.2025: Tagesanbruch von Florian Harms: mit dem Titel *Wie die Maden im Speck*

„Guten Morgen, liebe Leserin, lieber Leser

Stellen Sie sich einen Chirurgen vor, der mit großer Geste ankündigt, seinen Patienten von einem Tumor zu befreien. Er legt die Handschuhe an, öffnet den Bauch – und näht ihn gleich wieder zu. Mit den Worten "Wir haben viel erreicht, die Operation läuft!" blickt er stolz in die Runde, während der Patient ächzend aus der Narkose erwacht und sich wundert: War da was? Willkommen in der Bundesrepublik, Abteilung **Sozialpolitik.**

Kein anderes führendes Industrieland leistet sich einen so komfortablen Sozialstaat wie Deutschland. Schon fast die Hälfte des Bundeshaushalts fließt in Zuschüsse für Rente, Pflegeversicherung, Bürger-, Wohn-, Kinder- und Arbeitslosengeld und viele weitere Leistungen. Jeder Empfänger kann gute Gründe anführen, warum er die Unterstützung verdient, sei es jahrzehntelanges Einzahlen in die Rentenkasse, eine unverschuldete Notsituation oder dauerhafte Bedürftigkeit.

Alles irgendwie gerechtfertigt, und doch nicht mehr zu rechtfertigen. Allein die Verwaltung der Sozialausgaben kostet mehr als **48 Milliarden Euro** jährlich. Wohlgemerkt: nicht die Leistungen selbst, sondern nur deren Abwicklung durch die Behörden. Hätte Deutschland nicht die Digitalisierung öffentlicher Dienste jahrelang verschlafen, wäre das Prozedere sicher günstiger, doch den allgemeinen Trend könnten selbst die smartesten Computerprogramme nicht drehen: Die Zahl der Rentner wächst stetig, die Zahl bedürftiger Flüchtlinge und Migranten ist ebenfalls gestiegen, und praktisch alle Bundesregierungen der vergangenen Jahrzehnte haben ihr Heil darin gesucht, **Wahlgeschenke** zu verteilen – vom Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz bis zur Rente mit 63. Alles willkommene Wohltaten in einer progressiven Gesellschaft, aber alles eben auch: **sehr teuer.**

Nun steckt das Land tief in der Rezession, mit Amerikanern und Chinesen ist nicht mehr gut Kirschen essen, und das vermeintlich ewige Wohlstandsversprechen entpuppt sich als Trugschluss. Noch wollen viele Bürger die Konsequenzen nicht wahrhaben, doch sie kommen so sicher wie das Amen in der Kirche: Selbst mit einem Riesenschuldenberg für Militär und Infrastruktur muss der Staat

künftig mit **weniger Geld für Sozialleistungen** auskommen. Ökonomen sagen es glasklar, der Bundeskanzler sagt es auch, bei der **SPD** hingegen empfindet man schon den bloßen Gedanken an Kürzungen als Zumutung.

Sozialministerin Bärbel Bas spricht von ‚Bullshit‘, das sagt eigentlich schon alles.

Sie hat die Suche nach Reformideen in eine Kommission abgeschoben und deren Mitgliedern die Anweisung gegeben, das gegenwärtige **"soziale Schutzniveau"** zwingend zu bewahren. Motto: Wasch mich, aber mach mich nicht nass! Der Etat ihres Ministeriums soll bis zum Jahr 2029 von **190 auf 219 Milliarden Euro wachsen**. Das **Bürgergeld** verursacht jährliche Kosten von **50 Milliarden Euro**, Tendenz ebenfalls wachsend.

Seit Jahrzehnten üben sich die Sozialdemokraten in der Kunst des Ankündigens: Kein Parteitag, auf dem nicht **"mutige Reformen"** beschworen werden. Kein Wahlkämpfer, der nicht feierlich verspricht, das Land aus dem **"Reformstau"** zu hieven. Aber sobald es ernst wird, haben die Genossen die Lobbyisten im Nacken, die Gewerkschaften im Ohr und die bröckelnde Parteibasis im Blick. Dann kriecht die **Angst** unter die Sakkos, die kalte Angst vor dem Tod der stolzen Partei. Deshalb bevorzugen SPD-Spitzenpolitiker statt eines beherzten Schnitts am staatlichen Operationstisch immer das Pflaster. Statt der Reform immer das Reförmchen.

Die einstige Arbeiterpartei ist zu einer Beschäftigungsgesellschaft für Berufspolitiker geworden, die sich an erster Stelle um ihre Karrieren kümmern. An zweiter Stelle kommt die **"Kommunikation"** (schicke Wahlplakate, häufige Talkshow-Auftritte und Instagram-Gedöns), allenfalls drittens geht es um die Sache. Dann spricht man von radikalen Schnitten, beschwört wortreich **"mehr Gerechtigkeit"** und **"Zukunftsfähigkeit"** – doch wenn es ans Operieren geht, ist das Skalpell plötzlich nicht mehr auffindbar.

Um die eigene Mutlosigkeit zu überspielen, hat man in der SPD die Technik des Nebelkerzenwerfens perfektioniert. Parteichef **Lars Klingbeil** beherrscht diese zweifelhafte Kunst aus dem Effeff: Er bringt es fertig, sich zur besten Sendezeit ins Fernsehen zu setzen und trotz einer **Staatsquote von 49,9 Prozent** und eines riesigen **Schuldenbergs**, den er als Finanzminister mit seinen Koalitionären aufhäuft, auch noch **Steuererhöhungen** zu fordern. So kann nur einer

reden, der zwar die SPD-Führungsakademie absolviert hat, aber nie in einem Beruf abseits der Politik seine Brötchen verdienen musste.

Wie wäre es mit ein bisschen Realitätssinn, ein bisschen Bescheidenheit? Derlei alte Tugenden von Leuten wie Klingbeil zu erwarten, erscheint so aussichtslos wie die Auferstehung **Willy Brandts**, der nicht nur ein großer Reformator, sondern auch ein vernünftiger Realist war. Die SPD rühmte sich einst als stolze Kämpferin für Freiheit und gesellschaftliche Gerechtigkeit, die den bräsig-reaktionären Staat als Kontrahenten betrachtete, den es zu bändigen galt. Mittlerweile hat sie diesen Staat besiegt und in eine gigantische **Umverteilungsmaschine** verwandelt: Sie knöpft den Bürgern immer mehr Geld ab, um es nach den Vorstellungen der Funktionäre zu verteilen. Dass dabei immer größere Summen in der **Verwaltung** versickern, liegt in der Natur der Sache.

Die SPD-Parteikader verhalten sich wie die Maden im Speck: Sie leben selbst gut von den staatlichen Zuwendungen und wissen gar nicht mehr, wie das geht – Eigenverantwortung zu übernehmen, seines Glückes Schmied zu sein. Ließe man Klingbeil und Co. einfach machen, würden sie den Bürgern wohl 100 Prozent des Lohns abluchsen, um noch mehr umverteilen zu können. Na gut, das ist übertrieben. Trotzdem bleibt unterm Strich der Eindruck, dass es der SPD heute weniger um echte Reformen als um Selbstbeschäftigung geht. Sie will weniger das Land verändern als vielmehr den Eindruck erwecken, sie sei schwer beschäftigt. So wirkt es auch vor dem heutigen **Koalitionsausschuss** mit CDU und CSU, bei dem das ausufernde Sozialsystem im Mittelpunkt steht.

Ja, dieser Text geht hart mit den Sozialdemokraten ins Gericht, das mag mancher Leser gemein finden. Zur Verteidigung sei vorgebracht, dass in vergangenen Tagesanbrüchen auch andere Parteien an den Pranger gestellt wurden. Die **CDU** bekam immer wieder ihre Fehler vorgehalten, die **FDP** wurde als Lobbyistentruppe geschmäht, die Fehler der **Grünen** passen auf keine Kuhhaut, in der **AfD** roten sich Demokratiefeinde zusammen. Das kann und muss kritisieren, wer innenpolitische Entwicklungen analysiert.

Zugleich bemüht sich der Tagesanbruch stets um eine konstruktive Haltung, formuliert Vorschläge und entschärft den Ton, wenn andere Medien besonders laut schimpfen. Niemand will nur schlechte Nachrichten lesen, und es ist auch mitnichten so, dass

Politiker heutzutage nur Mist bauen. Viele treibt ein aufrichtiger Wille zur Verbesserung der Verhältnisse an, viele nehmen einen anstrengenden Arbeitsalltag auf sich.

Leider haben auch viele die **Bodenhaftung** verloren. Das verdient Kritik, auch in scharfen Worten.

Die Bundesrepublik ist mit so gewaltigen Herausforderungen konfrontiert wie seit Jahrzehnten nicht. Die Entfremdung von den USA und die ideologische Verhärtung Chinas stellen das Exportmodell infrage, Putins Imperialistenregime bedroht den Frieden, die Klimakrise verursacht horrenden Kosten, Rechts- und Linksradikele torpedieren den gesellschaftlichen Zusammenhalt. In so einer Lage braucht es **mutige Politiker**, die Reformen nicht nur ankündigen, sondern auch durchziehen. Die bereit sind, ihre persönlichen Ambitionen hintanzustellen, um dem Wohl heutiger und künftiger Generationen zu dienen.

Solche Politiker sind selten geworden. In allen Parteien. Aber weil man in der **SPD** das Versprechen von der "Gerechtigkeit" und "Zukunftsfähigkeit" besonders gern im Mund führt, wirkt der Befund bei ihr besonders bitter. Ihre Spitzenleute sind permanent in Bewegung, aber kommen nicht vom Fleck. Sie bilden Arbeitsgruppen, beauftragen Gutachten und initiieren Kommissionen – doch am Ende wächst nur die **Bürokratie**. Erinnern Sie sich an **Olaf Scholz**?

Während er Chef im Kanzleramt war, erhöhte sich die Stellenanzahl dort um **zehn Prozent**: noch mehr Beamte, noch mehr Referenten, noch mehr Leute, die irgendwelche Papiere schreiben. Passiert ist dann nicht so viel.

In den vergangenen Jahrzehnten hat die SPD entscheidend dazu beigetragen, Deutschland eines der stärksten Sozialsysteme der Welt zu beschieren. In wirtschaftlich guten Zeiten konnte sich die Republik dieses engmaschige Auffangnetz für Millionen Menschen leisten. Nun, in Zeiten der Dauerkrise, der Rezession und der internationalen Bedrohungen, droht die SPD, den Wohlstand zu verspielen, weil sie dringend notwendige Reformen blockiert.

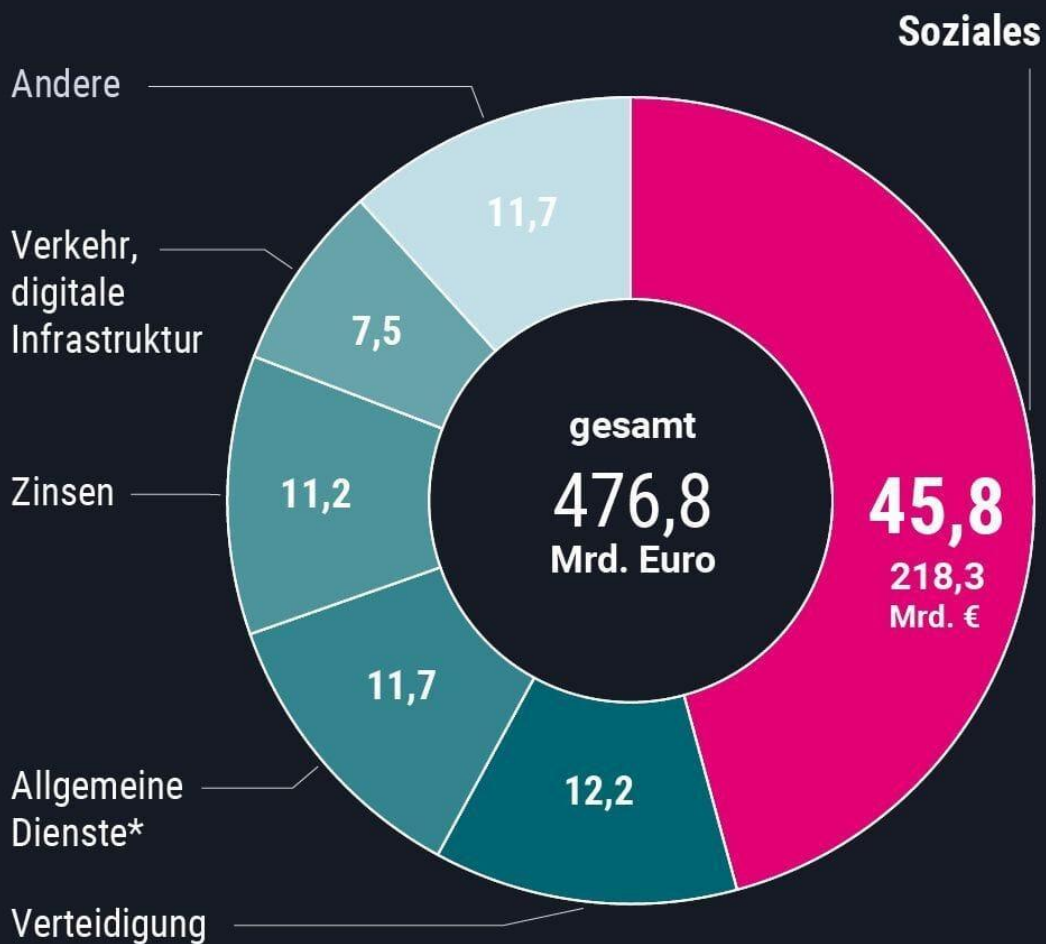
Verstehen Sie mich bitte nicht falsch: Wie viele andere Bürger wünsche auch ich mir starke Volksparteien der Mitte, und da gehört die SPD eigentlich dazu. Leider ist sie nach 27-jähriger fast ununterbrochener (Mit-)Regierungszeit zu einer Klientelpartei geschrumpft. Das ist nicht gut, weil das Land dringend beherzte

Gerechtigkeitskämpfer braucht. Aber bitte Kämpfer mit Realitätssinn und mit Mut zu echten Veränderungen. Andernfalls bekommen die Geiferer rechts und links noch mehr Zulauf. Das wäre noch schlimmer als eine sterbende Sozialdemokratie.“

t-online.

Ausgabenstruktur des Bundes nach Funktion

Anteil 2024 in Prozent



* Allgemeine staatliche Verwaltung, Finanz- und Steuerverwaltung, internationale Beziehungen, öffentliche Ordnung und Sicherheit (hier ohne Ausgaben für Verteidigung), allgemeine Dienstleistungen

Kurze Anmerkung von Hans-Dieter Bottke:

Im obigen Artikel wird dankenswerterweise auf das Missverhältnis in deutschen Haushalten zwischen viel zu hohen Sozialtats im Verhältnis sowohl zum Gesamthaushalt als auch insbesondere zu zukunftsgerichteten Investitionen verwiesen.

Wenn wir in Deutschland so weitermachen, verspielen wir sehenden Auges die Zukunft dieses Landes und damit der nachfolgenden Generationen. Und das alles vor allem auch deshalb, weil große Teile der verantwortlichen Politiker – vor allem im linken Spektrum – lieber soziale Wohltaten an die derzeitige Generation verteilen, anstatt an die die jungen Menschen zu denken.

Wenn wir wirtschaftlich und technologisch weiter in der Weise, wie die letzten Jahr geschehen, im Vergleich zu Ländern wie China oder den USA zurückfallen, weil wir eben nicht hinreichend die Zukunft im Blick haben, werden wir uns dann auch nicht mehr den Sozialstaat, wie wir ihn heute kennen, mehr leisten können!

Artikel auf t-online vom 11.07.2025:

„Deutschlands Infrastruktur: "Jetzt droht 2025 zu einem verlorenen Baujahr zu werden"

Bei der Erneuerung der Infrastruktur fehlt offenbar Geld. Bei Autobahnen gibt es einen Baustopp, bei der Bahn reicht das Sondervermögen nicht aus.

Eigentlich hat die Bundesregierung ein Sondervermögen zur Verbesserung der Infrastruktur geplant, das am 12. Juli beschlossen werden soll. Einen neuen Haushalt wird es wohl erst im Herbst geben, und die Verzögerung zeigt bereits Auswirkungen. So hat die Autobahn GmbH wegen fehlender Finanzen einen Baustopp verhängt.

Auch wenn die neue Bundesregierung bereits seit Februar im Amt ist, müssen die Ministerien und bundeseigenen Gesellschaften mit dem Geld auskommen, das im vergangenen Jahr beschlossen wurde. Für die deutschen Autobahnen heißt das: keine neuen Projekte, zumindest bis Jahresende.

Seit Januar gilt eine sogenannte vorläufige Haushaltsführung. Bürgergeld, Rente oder Kindergeld sowie Fördermittel aus bestehenden Pro-

grammen werden weitergezahlt – neue Projekte aber können nicht ohne Weiteres angestoßen werden. Finanzminister Lars Klingbeil hatte am Dienstag den Haushaltsentwurf 2025 in den Bundestag eingebracht. Der Haushalt soll im September vom Bundestag beschlossen werden. Die Ampel-Regierung aus SPD, Grünen und FDP war vor allem wegen eines Streits über den Haushalt gescheitert.

Kurzarbeit im Brückenbau

Der Hauptgeschäftsführer des Hauptverbands der Deutschen Bauindustrie, Hauptgeschäftsführer Tim-Oliver Müller, äußerte Kritik am Baustopp. "Mit einer Entscheidung vor der Sommerpause hätten 70 bis 80 Bauprojekte sofort losgetreten werden können", sagte er dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland". "Jetzt droht das Baujahr 2025 zu einem verlorenen Baujahr zu werden, während die Unternehmen seit November 2024 unter der vorläufigen Haushaltsführung und damit unter Auftragsmangel leiden."

Es sei enttäuschend, dass sich die Bundesregierung nicht auf ein Sofortprogramm Autobahn einigen konnte, obwohl mit dem Sondervermögen versprochen worden sei, dass die Modernisierung der Infrastruktur Priorität habe. Im Brückenbau gebe es sogar Kurzarbeit, so Müller.

Bahn fehlt noch immer Geld

Probleme mit dem Infrastruktur-Ausbau tauchen auch bei der Bahn auf. Die Deutsche Bahn hat trotz Infrastruktur-Sondervermögen nicht genug Mittel zur Verfügung, um das Bahnnetz in dieser Legislaturperiode wie geplant auszubauen. Das geht aus einer Antwort des Bundesverkehrsministeriums auf eine Anfrage der Grünen hervor, die dem "Tagesspiegel" vorliegt.

Demnach stellt der Bund der Bahn in den Jahren 2027 bis 2029 nicht ausreichend Mittel zur Verfügung, um alle baureifen Projekte des Bundesverkehrswegeplanes umzusetzen. 2027 fehlen der Bahn rund 300 Millionen Euro, 2028 sind es 538 Millionen Euro zu wenig und 2029 bereits 1,44 Milliarden Euro.

"Trotz Sondervermögens wird der Neu- und Ausbau für die Schiene ausgebremst", sagte Matthias Gastel, bahnpolitischer Sprecher der Grünen, dem "Tagesspiegel". Er kritisierte Verkehrsminister Patrick Schnieder (CDU) dafür, dass er bisher im Verkehrsetat vorgesehene Investitionsmittel für die Bahn ins Infrastruktur-Sondervermögen verlagert.

Bundeswehr-Fregatten lassen weiter auf sich warten

Auch die Bundeswehr muss einen Rückschlag hinnehmen. Im Mai hieß es noch, die neuen Fregatten F126 werden später ausgeliefert, weil es Probleme mit der niederländischen Werft gebe. Damals war von Problemen mit IT-Schnittstellen die Rede gewesen. Doch jetzt ist fraglich, wie es um die Zukunft der Fregatten bestellt ist. Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums sagte zwar, dass man lediglich von "zeitlichen Verzögerungen" ausgehe. Nach Informationen der "Wirtschaftswoche" steht die niederländische Werft aber vor der Insolvenz.

Die niederländische Regierung ist zur Hilfe geeilt, das Parlament in Den Haag genehmigte einen Überbrückungskredit, der 270 Millionen Euro betragen soll. Zwar wird der Name der Werft nicht genannt, nach Angaben von ntv sollen niederländische Regierungskreise aber bestätigt haben, dass es um die Fregattenwerft geht. An dem Bau der Kriegsschiffe sind die deutschen Werften Blohm+Voss, German Naval Yards und die Peene-Werft sowie die niederländische Damen Naval beteiligt.“

Kurze Anmerkung von Hans-Dieter Bottke:

Ich verweise auf meinen Kommentar zum ersten Artikel und möchte an dieser Stelle ergänzend hinzufügen, dass die deutsche Bürokratie unter anderem zu teuren Verzögerungen führt, die wir uns eigentlich nicht leisten können und es auch nicht sollten!

Artikel auf t-online vom 19.09.2025:

„Was die Regierung macht, ist ein Skandal“: Ökonom rechnet mit Klingbeil ab

„Der Bundeshaushalt 2025 ist durch. Aber der Ökonom Michael Hüther sieht nur eine Verschiebung der Mittel und sieht die Gelder aus dem Schuldenpaket "verplempert".

Zum Start der schwarz-roten Bundesregierung war Michael Hüther noch guter Dinge. "Die Aufbruchstimmung ist nach der Ernennung der neuen Regierung spürbar", sagte der Direktor des Instituts der

deutschen Wirtschaft (IW) in Köln im Mai auf dem Kongress des Fachmagazins "Horizont".

Keine vier Monate später ist die Stimmung verflogen. Im Magazin "Capital" schimpfte Hüther: "Was die Regierung gerade macht, ist ein Skandal."

Der Grund für Hüthers Unmut ist die Verwendung der Milliarden aus dem Struktur- und Investitionsfonds der Bundesregierung. Das Institut des Ökonomen Hüther wird gerne als arbeitgebernah beschrieben.

Zuletzt argumentierte Hüther aber überraschend unorthodox. So plädierte er auch für ein Lockern der Schuldengrenze.

Noch vor der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages hatten sich Union und SPD auf ein Aufweichen der Schuldenregeln verständigt und ein Sondervermögen für die Ertüchtigung der Bundeswehr und die Sanierung der maroden Infrastruktur beschlossen.

Auch Hüther gehörte dem Gutachtergremium namhafter Ökonomen an, dessen Studie die Grundlage für den Beschluss bildete.

Nach der Verabschiedung des von Finanzminister Lars Klingbeil (SPD) vorgelegten Bundes-haushalts 2025 zeigte sich Hüther aber entsetzt. Dem Magazin "Capital" sagte er zu dem Geld aus dem Investitionstopf: "Dass man das jetzt so verplempert und für jeden sichtbar einen Verschiebebahnhof organisiert, finde ich sehr bedenklich." Hüther weiter: "Ich habe dafür kein Verständnis."

Autobahnen A1, A20 und A30 betroffen

Zuletzt war aus den Ländern laute Kritik am Haushaltsmanagement aufgekommen. Zwar sind Infrastrukturprojekte aus dem Investitionsfonds vorgesehen, im Gegenzug werden aber die Mittel im aktuellen Haushalt gekürzt, etwa für wichtige Straßenbauprojekte.

Betroffen sind Vorhaben in Nordrhein-Westfalen, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Hamburg, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz – so etwa die A20 in Schleswig-Holstein, die A1 in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz oder die A39 in Niedersachsen.

Klingbeil verweist auf Verkehrsminister Patrick Schnieder (CDU). Für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur werde es in dieser Legislaturperiode 166 Milliarden Euro geben. "Damit hat der Verkehrsminister jetzt wirklich die Chance, richtig zu klotzen und das Land zu verändern", sagte der Finanzminister.

Hüther hielt dagegen und erklärte: Man erlebe "eine schlecht vorbereitete Union und ein SPD-Finanzministerium, das trickst." Auch gegen Union und FDP teilte der Ökonom aus: "Die Tatsache, dass FDP und CDU so lange überhaupt nicht bereit waren, über die Probleme der Schuldenbremse zu sprechen, hat uns in diese Situation geführt."

Hüther fürchtet, dass die Mittel verpuffen könnten: "Einen konjunkturellen Impuls werden wir schon bekommen. Aber wir bekommen keine Veränderung des Wachstumstrends. Was wir brauchen, ist ja kein Konjunkturfeuerwerk, sondern sind wirklich strukturelle Veränderungen, die uns wieder auf einen höheren Wachstumspfad bringen."

Anmerkungen von Hans-Dieter Bottke:

Im obigen Artikel wird auf einen handfesten Skandal hingewiesen: Mittel aus dem sog. Sondervermögen (eigentlich Sonderschulden), welche **ausschließlich** für **zusätzliche** Investitionen in die Infrastruktur vorgesehen waren, werden zweckentfremdet, indem sie für andere Haushaltsposten verwendet werden. Diese miese Trickserie geschieht so: Ursprünglich – also vor der Einrichtung des sog. Sondervermögens im Rahmen einer dafür notwendigen Grundgesetzänderung – in den regulären Haushalten eingeplante Mittel für Straßen, Schienen und andere Infrastrukturprojekte werden jetzt gekürzt und durch diese Sonderschulden wieder aufgefüllt. Das hat zur Folge, dass die Investitionshaushalte nicht so viel wachsen, wie dies eigentlich laut Grundgesetzänderung vorgesehen war, nämlich als **zusätzliche** Investitionen zu den bisher geplanten Mitteln. Die dadurch freiwerdenden Mittel werden dann zweckentfremdet, vor allem um die Sozialtats damit aufzufüllen. Laut namhaften Wirtschaftsforschungsinstituten werden auf so bis zur Hälfte der eigentlich vorgesehenen Mittel für jene zusätzlichen Investitionen in die Infrastruktur zweckentfremdet, wodurch sich infolgedessen beispielsweise dringende Straßen- oder Schienenbauprojekte unnötig verzögern oder vielleicht gar nicht vorgenommen werden. Und das zum Schaden unserer Wirtschaft sowie auch Privatleuten. Wir verfrühstücken damit Mittel, die für die Zukunft dieses Landes vorgesehen waren, um sie jetzt zu verkonsumieren, wieder einmal auf Kosten der zukünftigen Generationen, welche die Schulden dann abbezahlen müssen.

Zwei Artikel auf t-online:
Erster Artikel vom 01.04.2025:

„So verschuldet wie nie: Deutsche Kommunen mit höchstem Defizit seit der Wiedervereinigung

Die Schuldenlast deutscher Kommunen erreicht mit einem Defizit von 24,8 Milliarden Euro neue Rekordhöhen. Sozial- und Personalkosten treiben die Ausgaben in die Höhe.

Deutschlands Städte und Gemeinden haben im Jahr 2024 ein Finanzierungsdefizit von 24,8 Milliarden Euro verzeichnet. Das ist laut Statistischem Bundesamt der höchste Fehlbetrag seit der Wiedervereinigung.

Der drastische Anstieg im Vergleich zum Vorjahr – damals lag das Defizit noch bei 6,6 Milliarden Euro – sei vor allem auf stark gestiegene Ausgaben zurückzuführen. Während die kommunalen Ausgaben um 29,4 Milliarden Euro auf insgesamt 362,7 Milliarden Euro wuchsen, erhöhten sich die Einnahmen lediglich um 11,4 Milliarden Euro auf 338,5 Milliarden Euro. Besonders ins Gewicht fielen laut Statistik die Sozialleistungen, die mit einem Plus von 11,7 Prozent auf 84,5 Milliarden Euro zu Buche schlugen. Verantwortlich dafür seien unter anderem die zum Jahresbeginn angepassten Regelsätze bei Bürgergeld und Sozialhilfe.

Auch in anderen Bereichen stiegen die Ausgaben deutlich: Die Kinder- und Jugendhilfe verzeichnete mit 17,1 Prozent den höchsten Zuwachs, gefolgt von der Eingliederungshilfe nach dem Sozialgesetzbuch IX mit einem Anstieg um 13,6 Prozent. Die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz stiegen um 3,3 Prozent. Ebenso erhöhten sich die Personal-kosten der Kommunen auf 88,1 Milliarden Euro – ein Plus von 8,9 Prozent. Hintergrund seien Tarifsteigerungen sowie zusätzlicher Personalbedarf.

"Nicht ansatzweise aus eigener Kraft auszugleichen"

Dem gegenüber entwickelten sich die kommunalen Einnahmen schwach. Die Steuereinnahmen wuchsen lediglich um 1,5 Prozent auf 132,1 Milliarden Euro, wobei insbesondere die Gewerbesteuer rückläufig war. Schlüsselzuweisungen der Länder beliefen sich auf 51 Milliarden Euro, ein Plus von 2 Prozent. Die Investitionszuschüsse stiegen um 2,2 Prozent auf 13,9 Milliarden Euro.

Vertreter der kommunalen Spitzenverbände zeigten sich angesichts dieser Entwicklung äußerst besorgt. Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags, bezeichnete die Zahlen als "katastrophal". Das Defizit sei "nicht ansatzweise aus eigener Kraft" auszugleichen. Dedy forderte grundlegende Reformen in der Finanzordnung von Bund, Ländern und Kommunen. Das kürzlich beschlossene Sondervermögen könne zwar Investitionskürzungen verhindern, beseitige aber nicht die strukturelle Schieflage.

Auch der Deutsche Landkreistag sowie der Städte- und Gemeindebund verlangen ein Umdenken bei der Aufgabenverteilung und Finanzierung. Hans-Günter Henneke, Hauptgeschäftsführer des Landkreistags, erklärte, solch hohe Ausgabensteigerungen halte "kein Haushalt aus". André Berghegger vom Städte- und Gemeindebund betonte: "Nicht alles, was wünschenswert ist, ist auch bezahlbar."

Zweiter Artikel vom 16.07.2025 von Christoph Schwennike:

„Kollaps der Kommunen: Alle Demokratie beginnt im Dorf – und geht auch dort zugrunde

Der Bund schafft Probleme im XXL-Format, die die Kommunen ausbaden müssen. Die pfeifen auf dem letzten Loch. Die Folgen sind nicht nur finanzieller Natur. Sie gehen an die Grundfesten des Gemeinwesens.

Neulich war ich eingeladen zu einer intellektuell wirklich bereichernden Veranstaltung. Die Weimarer Gespräche 2025, initiiert von der Bertelsmann Stiftung zusammen mit der Deutschen Nationalstiftung, hatten ein schönes Viereck an illustren und klugen Leuten an eine große Tafel im Festsaal des Rathauses gebeten. Um der Frage nachzugehen, warum es auch hierzulande Anzeichen für eine Erosion der Demokratie und des solidarischen Gemeinwesens gibt. Und was man dagegen tun kann. Darunter Dirk Neubauer, der als Landrat von Mittelsachsen aufgab, weil er die Bedrohungen gewaltbereiter Antidemokraten gegen sich und seine Familie nicht mehr aushielt. Und auch ein junger Mann von 25 Jahren, der als ehrenamtlicher Bürgermeister von Gartz, einem Dorf mit knapp 3.000 Einwohnern in Brandenburg, mit großem Idealismus den vertrockneten Gemein Sinn des Ortes wie eine zarte Pflanze wieder grünen lässt.

Es gab vielfältige Beiträge. Aber in einem Punkt waren sich alle Experten einig, bis hin zum thüringischen Ministerpräsidenten Mario Voigt: Die Kommunen pfeifen auf dem letzten Loch, sie rollen auf der Felge, sie kollabieren. Weil der Bund Probleme schafft oder vorhandene nicht löst, auf denen er die Kommunen dann sitzen lässt.

Gerade ist es den Gebietskörperschaften unterhalb des Bundes gelungen, die negativen Folgen des Investitionsboosters bei der Gewerbesteuer vom Bund kompensieren zu lassen. Sie wollen aber mehr, das ist noch keine grundsätzliche Reform des finanziellen Bund-Länder-Verhältnisses. Da ist etwas in furchtbarer Schieflage, die die Kommunen nicht mehr ausgleichen können. Der Kämmerer einer Stadt kann nicht mit einer Zweidrittelmehrheit einen hunderte Milliarden großen Haufen Geld namens Sondervermögen aufnehmen und die Geldprobleme in die weite Zukunft beamen.

Die Arbeitsteilung stimmt nicht mehr

All politics is local. Sagt man. Warum ist das so? Weil der Mensch nicht im Bund lebt, er lebt auch nicht zuvorderst im Bundesland x oder y. Das sind politische Verwaltungseinheiten. Aber keine Wohnorte. Er wohnt in der Kommune. Zu Deutsch: in einem Dorf, in einem Markt, in einer Stadt. Die Wohnorte und die Landkreise sind die untersten Verwaltungseinheiten in unserem subsidiär-föderalen System. Das grob vereinfacht so funktioniert: Die vergleichsweise kleinen Probleme (Kinderspielplatz, Verkehrsberuhigung) werden unten gelöst, die mittleren (Bildung, Unis) im Bundesland, und die großen in Berlin, im Bund.

Doch das Subsidiäre hat sich umgekehrt. Die oberste Ebene reicht die Probleme nach unten durch. Dort wirkt sich Politik dann aus. Wird erlebt, wird gespürt am eigenen Dasein. Und an einer Schieflage zwischen denjenigen, die das solidarische System finanzieren. Und jenen, die nicht finanzieren und doch profitieren. Das sorgt dort, wo es passiert, für sehr böses Blut.

Merz im Sommerinterview

Bundeskanzler Friedrich Merz hat das gerade in seinem ersten Sommerinterview thematisiert. Es sei nach geltendem Recht so, dass Bezieher von Sozialleistungen, Bürgergeld oder Asylbewerberleistungsgesetz praktisch jede Miete zu zahlen bereit sind, weil das Amt sie übernimmt. Er sprach von bis zu 20 Euro je Quadratmeter. Bei der Konkurrenz um knappen Wohnraum können da viele Einzahler ins

System nicht mithalten. Jeder und jede, der oder die schon mal eine Wohnung neu zu vermieten hatte, kennt das Phänomen: Für die Interessenten, die Unterstützung bekommen, ist die Miethöhe nicht so entscheidend, es zahlt das Amt.

Ein Umstand, der in den Kommunen in die Kassen haut. Und der in der Mitte der Bevölkerung zu verständlichem Missfallen führt.

Die jährlichen Kosten, die deutschen Kommunen im Zusammenhang mit Migration entstehen, variieren erheblich und sind schwer exakt zu beziffern. Schätzungen zufolge belaufen sich die kumulierten Ausgaben der Kommunen für migrationsbezogene Aufgaben im Zeitraum von 2015 bis 2025 auf etwa 80 bis 100 Milliarden Euro, was einem Durchschnitt von rund 8 bis 10 Milliarden Euro pro Jahr entspricht.

Die Kosten setzen sich wie folgt zusammen:

Unterbringung und Versorgung: Bereitstellung und Betrieb von Unterkünften, Verpflegung, Kleidung und medizinischer Grundversorgung.

Sozialleistungen: Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie andere Unterstützungsleistungen.

Bildung und Integration: Kosten für Sprach- und Integrationskurse, Schulbildung und Kinderbetreuung.

Verwaltung und Personal: Zusätzlicher Personalbedarf in Behörden, Sicherheitsdiensten und sozialen Einrichtungen.

Zwar erhalten Kommunen finanzielle Unterstützung von Bund und Ländern, jedoch decken diese Mittel nicht immer alle anfallenden Kosten. Beispielsweise berichtete der Kreis Warendorf in Nordrhein-Westfalen laut dem Fachblatt ‚Kommunal‘ von Gesamtkosten in Höhe von etwa 260 Millionen Euro seit 2015, von denen rund 219 Millionen Euro erstattet wurden, was einem Eigenanteil von etwa 41 Millionen Euro entspricht. In anderen Fällen, wie in der Stadt Düsseldorf, lag die Erstattungsquote bei lediglich rund 30 Prozent der Gesamtkosten.

Wie die Rücklage in einem Mehrparteienhaus

Zu den etwa acht Milliarden bei den Kommunen kommen 70 Milliarden jedes Jahr beim Bund. Das war auch die Zahl, die die Union im Wahlkampf thematisiert hat. Kosten in dieser Dimension über einen langen Zeitraum bleiben nicht spurlos. Im Grunde ist es wie bei den Instandhaltungsrücklagen in einem gemeinsamen Wohnhaus. Irgendwann sind sie aufgebraucht, wenn zu viele in diese nicht einzahlen, aber trotzdem daraus Geld verbrauchen. Und andere immer mehr

einzahlen zum Ausgleich. Das heißt dann: Sonderumlage oder Erhöhung des monatlichen Rücklagenbeitrags.

Das erlebt der homo politicus localis gerade nicht nur daran, dass die Gemeinden die Freibäder entweder dichtmachen oder mit Ach und Krach weiterbetreiben – unter verhaltensseitig radikal veränderten Verhaltensweisen der Badegäste, die es früher so auch nicht gab.

Beim Bürgergeld ist es so, dass etwa die Hälfte der Bezieher Ausländer sind. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung liegt hingegen laut Statistischem Bundesamt bei 14,8 Prozent. Wir reden beim Bürgergeld für alle Bezieher inzwischen von mehr als 40 Milliarden Euro im Jahr. Zusammen mit dem Asylbewerberleistungsgesetz und den Kosten der Unterkunft ist das das kritische Dreieck aus Migration, Bürgergeld und Sozialleistungen, in denen zu viel Geld verdampft. Übrigens auch das der Krankenkassen. Über zehn Milliarden Euro groß klafft bei ihnen neuerdings das Loch. Ungefähr der Betrag, der durch Bürgergeldempfänger bei ihnen als Kosten aufläuft. Die Folge ist klar: Die Beiträge für die Beitragszahler werden weiter steigen. Oder das Loch wird aus dem allgemeinen Haushalt genommen. Für die arbeitende Bevölkerung ist das einerlei: linke Tasche, rechte Tasche.

Der frühere CSU-Chef und Bundesinnenminister Seehofer hat einmal gesagt, die Migration sei die Mutter aller Probleme. Was hat er dafür Prügel bekommen. Was er damit meinte, stimmt aber. Sie führt seit einem Jahrzehnt zu realen Problemen. Realen Problemen und einem gestörten Gerechtigkeitsgefühl obendrauf. Dieses kritische Dreieck muss in den Griff bekommen werden. Nur dann sind die Leute bereit, für die solidarische Hausgemeinschaft weiter in diesen Topf einzuzahlen. Und politisch nicht den Bänkelsängern der schlechten Laune, der AfD oder dem BSW, zu erliegen.

Wechselseitiges Glaubensbekenntnis

Neuerdings redet man gerne von einem Störgefühl. Egal, ob das jetzt ein schönes Wort ist oder nicht. Genau dieses Störgefühl haben an der Stelle viele. Zu Recht. Sie zahlen ein, egal, ob in ein Umlagesystem wie die Rente oder ein Versicherungssystem wie die Krankenkasse. Und andere ziehen permanent raus, ohne einzuzahlen. Was wieder die Beiträge steigen lässt. Das ist ganz bestimmt das falsche Umlageprinzip. Und setzt einen fürchterlichen Teufelskreis in Gang, der die Demokratie an ihren Wurzeln verfaulen lässt.

Wenn sich das nicht ändert, können sich im ehrwürdigen Festsaal des Rathauses zu Weimar jedes Jahr aufs Neue die Glaubensfesten ihres Glaubens an die Demokratie versichern. Dann fühlt sich das weiterhin gut an für die Beteiligten. Ändert aber gar nichts.“

Kurze Anmerkung von Hans-Dieter Bottke:

In den beiden obigen Artikeln werden die großen Probleme vieler kommunaler Haushalte thematisiert: Durch Gesetze des Bundes wie der Länder werden diese Haushalte so sehr vor allem mit verpflichtenden Sozialleistungen belastet, dass ihnen unter anderem Mittel für Investitionen fehlen und sie zudem noch Schulden aufnehmen müssen, selbst nach Verzicht auf derartige, eigentlich sinnvolle Investitionen, weil selbst dann noch das Geld fehlt. Vielen Kommunen droht schon sehr bald ein Schuldenkollaps. Infolgedessen leiden schon jetzt die Bürger in den Kommunen darunter, dass Mittel beispielsweise für dringend notwendige Sanierungen maroder Schulgebäude fehlen. Der dadurch zunehmende Frust auf die herrschende Politik in Bund und Ländern wird immer mehr zu einer Bedrohung unseres demokratischen Systems, weil die Bürger vor Ort ganz unmittelbar die Versäumnisse der Politik auf Bundes- wie Länderebene tagtäglich zu spüren bekommen und somit das Vertrauen in die Lösungskompetenz der etablierten Politik verlieren. Das gibt einen besonders guten Nährboden für Populisten ab.